

Rede der Vorstandssprecherin der GIZ, Tanja Gönner zur Jahrespressekonferenz 2022

- Es gilt das gesprochene Wort -

Mit Weitblick Krisen vorbeugen

Guten Morgen, sehr geehrter, lieber Herr Staatssekretär Jochen Flasbarth, guten Morgen meine sehr geehrten Damen und Herren.

Herzlich willkommen hier im Raum und natürlich auch ein herzliches Willkommen an die Teilnehmenden in unserem Livestream.

Das vergangene Jahr hat uns erneut vor Augen geführt, wie sehr die Welt im Umbruch ist. Kriege, Krisen und Konflikte nehmen zu. Um nur einige zu nennen: Ich spreche von Äthiopien, Myanmar, Jemen, Syrien und natürlich von der dramatischen Situation in Afghanistan. In diesem Jahr ist es der russische Angriffskrieg auf die Ukraine. Mitten in Europa erleben wir schmerzhaft: Lang geglaubte Sicherheiten gelten nicht mehr. Hinzu kommt, dass wir uns weiterhin mit den Folgen der Corona-Pandemie auseinandersetzen müssen. Zugleich schreitet der Klimawandel unaufhaltsam fort. Er ist eine der zentralen Sicherheitsbedrohungen des 21. Jahrhunderts. Angesichts solcher Entwicklungen wird die GIZ häufig gefragt: Ist internationale Zusammenarbeit überhaupt sinnvoll? Ich habe darauf eine sehr deutliche Antwort: Internationale Zusammenarbeit ist wichtiger denn je. Sie stabilisiert und beugt Konflikten vor. Sie fördert menschliche Sicherheit auch in fragilen Kontexten. Denn dort, wo gesellschaftlicher Zusammenhalt besteht, wo Menschen durch Bildung und wirtschaftliche Teilhabe eine Perspektive haben, sind die Bedingungen stabiler. Dort werden Länder resilienter gegenüber neuen Krisen – auch wenn wir diese Krisen nicht in Gänze abwenden können.

Gerade jetzt braucht es Werte und Weitblick – so der Titel unseres diesjährigen Unternehmensberichts. Werte geben Orientierung. In fordernden Zeiten mit einem Krieg in Europa mit weltweiten Auswirkungen. Und auch in Zeiten einer anhaltenden Pandemie. Diese hat bis dahin erreichte Fortschritte teilweise zunichte gemacht. Gerade jetzt sind Weitblick und Beharrlichkeit gefragt: Es gilt, konsequent die Ziele der Agenda 2030 umzusetzen und internationales Handeln daran auszurichten. Die globalen Nachhaltigkeitsziele, die SDG, sind und bleiben unser Leitbild, um nachhaltige Entwicklung voranzubringen. Und das in einer Welt wachsender Unsicherheit.

Zwei Drittel der Länder, in denen die GIZ arbeitet, sind fragile Staaten. Dort setzen wir rund 60 Prozent des Gesamtauftragsvolumens um. Beispielsweise in Mali, einem Land, das extrem unter Spannung steht. Im Norden Malis arbeiten wir, dem vernetzten Ansatz folgend, im engen Austausch mit der Bundeswehr. Im Auftrag des Auswärtigen Amts tragen wir dort mit Kleinprojekten dazu bei, den Alltag der Menschen zu verbessern. Das schafft Vertrauen, stabilisiert die Kommunen und beugt neuen Konflikten vor. Wir helfen, die Wasserversorgung weiterzuentwickeln, Jugendzentren aufzubauen, Geschäftsideen und Jobs zu fördern. In Gao etwa haben wir für einen Jugendverband auf dessen Wunsch hin Motor-Dreiräder

beschafft. Infolgedessen gründeten die jungen Menschen ein Taxiunternehmen und haben nun ein Einkommen. Was sie umsetzen möchten, entscheiden die Gemeinden selbst – gemeinsam mit uns in Bürgerdialogen. Damit Entwicklungszusammenarbeit funktioniert, muss sie das große Ganze im Blick haben. Zugleich muss sie sich auf lokale und regionale Begebenheiten einstellen. Besonders in fragilen Kontexten. Nur dann gelingen Fortschritte im Kleinen und im Großen. In vier Regionen Malis erreichten wir auf diese Weise bessere Lebensbedingungen für rund 600.000 Menschen.

Nicht immer sind sofort Erfolge zu sehen. Das wird der Entwicklungszusammenarbeit oft als Schwäche ausgelegt. Dabei ist der Faktor Mittel- und Langfristigkeit ihre vorrangige Stärke. Denn Veränderungen, zumal gesellschaftliche, brauchen Zeit. Langfristige Zusammenarbeit schafft Vertrauen und damit die Grundlage für strukturelle Veränderungen und nachhaltige Wirkungen. Etwa über den Aufbau von gut funktionierenden Institutionen und nachhaltigen Lieferketten. Oder über den Zugang zu Bildung, Arbeit, Gesundheitsversorgung, um nur einige zu nennen.

Auf eine langjährige Zusammenarbeit blicken wir auch mit der Ukraine. Umso schwerer ist es zu sehen, welch unermessliches Leid der Krieg hervorruft. In der aktuellen Notlage passen wir mit unseren Auftraggebern bestehende Projekte ad hoc an. Es ist eine schnelle Unterstützung, die auf vertrauensvollen, langjährigen Kooperationsstrukturen aufbaut: Die Gemeinden, mit denen wir seit vielen Jahren zusammenarbeiten, melden, was sie brauchen, um ihre Bevölkerung zu versorgen. Zusammen mit unserem gewachsenen Netzwerk vor Ort sorgen wir dafür, dass die dringend benötigte Hilfe schnell ankommt: Feuerwehrausrüstung, Erste-Hilfe-Sets, Unterkünfte, Lebensmittel. Insgesamt haben wir im Auftrag des Bundesentwicklungsministeriums und der Europäischen Union bislang ein Paket von rund 35,2 Millionen Euro auf den Weg gebracht.

Dass wir in der Ukraine helfen und damit die Not der Menschen zumindest etwas mildern, ist die eine Sache. Nicht zu vergessen ist jedoch: Ereignisse wie der russische Angriffskrieg auf die Ukraine werfen erreichte Entwicklungen um Jahre zurück. Das sehen wir auch in Afghanistan. Bis zur Machtübernahme der Taliban hatte sich Vieles verbessert: Zwölfmal mehr Kinder als 2002 besuchten zwanzig Jahre später Schulen, 87 statt acht Prozent der Afghanen und Afghaninnen konnten Gesundheitsdienstleistungen nutzen. Nun stehen Errungenschaften, die eine ganze Generation geprägt haben, in Frage. Aber es deshalb nicht mehr zu versuchen? Das ist keine Option. Die globale Gemeinschaft – auch die Länder, mit und in denen wir arbeiten – erwartet, dass sich Deutschland mit seinen Institutionen weltweit für Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Gleichberechtigung einsetzt. Auch wir sind überzeugt: Dies ist der richtige Weg.

Zur wachsenden Fragilität weltweit kommt ein entscheidender Faktor hinzu: der Klimawandel. Gerade in fragilen Kontexten wirkt er wie ein Brandbeschleuniger. Wetterereignisse wie Dürren oder Überflutungen bedrohen Lebensgrundlagen. Menschen müssen ihre Heimat verlassen, Konflikte entstehen oder eskalieren. Dabei ist es so wichtig, dass Menschen auch unter schwierigen Klimabedingungen Chancen haben, sich eine Zukunft aufzubauen. Fortschritt entsteht, wenn wir Außen-, Sicherheits-, Entwicklungs- und Klimapolitik als Einheit betrachten. Fortschritte in der menschlichen Sicherheit – und letztlich auch bei der Agenda 2030. Daher unterstützt die GIZ dabei, dass Länder, vor allem kleine

Inselstaaten und am wenigsten entwickelte Länder, einen besseren Zugang zu Klimafinanzierungen wie etwa dem Green Climate Fund erhalten. Der Zugang zu Geld ist für die Länder entscheidend, um sich im Kampf gegen den Klimawandel besser aufstellen zu können. Wir fördern außerdem die regionale Zusammenarbeit. Etwa den länderübergreifenden Dialog der fünf zentralasiatischen Staaten in der Green Central Asia Initiative. Das Ziel: Die Staaten entwickeln gemeinsam Strategien, um drängende Probleme wie die fortschreitende Wasserknappheit in der Region anzugehen – und schaffen so Perspektiven für ihre Bevölkerung. Der Klimawandel macht nicht an Grenzen halt. Wenn aber Nationen zusammenstehen, können sie etwas verändern.

Das ist umso wichtiger in Zeiten des Krieges in der Ukraine, dessen Folgen viele Länder erst zeitverzögert spüren. Der die Ernährungssicherheit in vielen Ländern Nordafrikas und der Sahel-Zone zusätzlich bedroht. Was bedeutet das für internationale Zusammenarbeit? Wir müssen auch hier schnelle Hilfe leisten. Aber vor allem weiter daran arbeiten, den Ursachen von Hunger und Mangelernährung dauerhaft zu begegnen. Dazu gehört beispielsweise, die Lebensmittelproduktion und Weiterverarbeitung vor Ort zu stärken. Nur so werden die Länder langfristig unabhängiger von Importen wie Weizen oder Mais und resilient gegenüber dramatischen Preissteigerungen, wie wir sie aktuell auf den Märkten sehen. Bis zu 31,9 Millionen Euro zusätzlich stellt uns dafür das BMZ in diesem Jahr im Rahmen der Sonderinitiative „Eine Welt ohne Hunger“ zur Verfügung.

Nehmen wir Äthiopien. Das Land bezieht gut ein Viertel seines Weizenbedarfs aus der Ukraine. Wir unterstützen im Auftrag des BMZ unter anderem ein staatliches Pilotprojekt zur Weizenproduktion, das im vergangenen Jahr gestartet ist. Wir schulen Bäuerinnen und Bauern zu nachhaltigen Anbau- und Bewässerungsmethoden und bieten verbessertes Saatgut an. Die Ernte kann sich sehen lassen: Mehr als eine Million Tonnen zusätzlicher Weizen wuchs auf einer Fläche eineinhalb Mal so groß wie das Saarland. Nächstes Jahr soll das Gebiet ausgeweitet werden. Dies bringt das Land der Unabhängigkeit von Weizenimporten einen großen Schritt näher.

Angesichts der ineinandergreifenden Krisen – Kriege und Konflikte, Hunger, Klimawandel – ist eines klar: Dies ist das Jahrzehnt des Handelns und der Kooperation. Die internationale Gemeinschaft kann die globalen Herausforderungen nur gemeinsam bewältigen. Das gilt für das Erreichen der Ziele der Agenda 2030. Es gilt aber insbesondere für das Engagement in fragilen Ländern. Mit ihrer jahrzehntelangen Erfahrung ist die GIZ in der Lage, entwicklungs- politisch zu wirken – auch unter schwierigen Umständen. Daran arbeiten wir mit Auftraggebern und Partnern, und dafür werden wir beauftragt.

Unsere knapp 25.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus 155 Nationen setzen sich jeden Tag aufs Neue dafür ein. Fast 70 Prozent von ihnen sind nationale Mitarbeitende vor Ort. Sie alle arbeiten mit größtem Engagement in rund 120 Ländern, die meisten von ihnen in Subsahara-Afrika.

Die GIZ ist ein gefragter Akteur in der internationalen Zusammenarbeit, wie der Blick auf die Geschäftszahlen 2021 zeigt: Mit rund 3,7 Milliarden Euro stieg das Geschäftsvolumen der GIZ im Vergleich zum Vorjahr erneut um elf Prozent und erreichte damit ein weiteres Mal Höchstniveau. Unser Hauptauftraggeber war mit 3,15 Milliarden Euro das Bundes-

entwicklungsministerium. 558 Millionen Euro, also fast ein Fünftel davon, waren sogenannte Kofinanzierungen. Das sind Mittel, mit denen Dritte wie die Europäische Union, UN-Organisationen oder private Stiftungen bestehende Vorhaben erweitern und damit den Wirkungsradius vergrößern. Auf den gesamten gemeinnützigen Bereich geblickt, realisierte die GIZ 626 Millionen Euro an Kofinanzierungen – eine Steigerung von 23 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Das unterstreicht: Zusammenarbeit ist das Gebot der Stunde, um die bestehenden Herausforderungen anzugehen.

Die Hälfte unserer Einnahmen im gemeinnützigen Bereich haben wir im vergangenen Jahr im Wettbewerb mit anderen öffentlichen und gemeinnützigen Institutionen eingeworben. Dazu zählen finanzielle Mittel für die Krisenbewältigung, Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft oder die Sonderinitiativen des BMZ.

Auch mit der Privatwirtschaft arbeiten wir eng zusammen – als Partner, aber auch als Auftraggeber, beispielsweise über den Geschäftsbereich International Services, der aktuell sein 20-jähriges Bestehen als eigener Geschäftszweig unter dem Dach der GIZ feiert. InS verzeichnete 2021 ein deutliches Wachstum. Die Gesamtleistung stieg im Vergleich zum Vorjahr um 25 Prozent auf 135 Millionen Euro, im Vergleich zu 2017 sogar um 53 Prozent. In den vergangenen zwanzig Jahren hat sich InS kontinuierlich weiterentwickelt und erfolgreich die Wirkungen der GIZ weltweit ausgebaut.

Größter Auftraggeber im Geschäftsbereich InS und größter Kofinanzier im gemeinnützigen Bereich ist weiterhin die Europäische Union. Im vergangenen Jahr betrug das Geschäftsvolumen der GIZ mit der EU insgesamt 505 Millionen Euro und damit fast 18 Prozent mehr als 2020. Die EU bleibt damit zweitgrößter Auftraggeber der GIZ.

Sehr geehrte Damen und Herren, menschliche Sicherheit gehört wie gesellschaftlicher Zusammenhalt, grüne Wirtschaftsbelebung oder Resilienz zu Schlagwörtern, die mit „Werte und Weitblick“ treffend umschrieben sind. Denn in einer nachhaltigen Welt mit krisenfesteren Ländern gibt es weniger Konflikte. Eine Aussicht, die mehr als lohnend ist. Dafür arbeiten wir.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!